



Inhalt:

Für einen SPD-geführten Senat	Seite 1
Ein Schwimmbad in der Alster	Seite 2
Türkischstämmige Stimmen in der BV	Seite 3
AG60+ und ein besonderer Dank	Seiten 3/4
Herausforderung Klimawandel	Seite 4
Das neue Polizeirevier an der Oberaltenallee	Seite 5
GUB: was passiert mit dem Schulgelände?	Seite 6
Von Münze zum Scholzomaten	Seiten 6/7
Termine im Januar & Februar	Seite 8

Für einen sozialdemokratisch geführten Senat!

Was in den meisten Zeitungsartikeln nicht oder nur am Rande erwähnt wird, ist, dass die **Wechselstimmung** in Hamburg da ist! **50%** der Befragten wünschen sich einen **sozialdemokratisch geführten Senat**, nur 40% einen CDU-geführten.

Diese Stimmung müssen wir nutzen und damit auch die Lücke von 34% (SPD) zu 41% (CDU) schließen.

Wappnen wir uns mit Argumenten:

Ole von Beust schweigt zum Thema **Mindestlohn**. Ein Regierungschef muss handeln für Menschen, die in soziale Not geraten sind. Hamburg ist eine Hochburg beim Lohndumping. Erinnert sei an den Skandal im Hotelgewerbe. Rund 30.000 Menschen in Hamburg müssen als "Aufstocker" ergänzend Arbeitslosengeld oder Mietzuschüsse beantragen, weil sie von ihrer Arbeit nicht leben können. Diese Zahl steigt. Nach seriösen Schätzungen sind sogar 80.000 Hamburgerinnen und Hamburger anspruchsberechtigt. Staatszuschüsse für Unternehmen, die mit Billiglöhnen ihre Gewinne sichern, sind ordnungspolitisch absurd. Mindestlöhne sind eine Frage der sozialen Gerechtigkeit: Wer Vollzeit arbeitet, muss davon auch leben können. Von Beust und die CDU praktizieren eine Politik der sozialen Kälte - ein gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 Euro ist für sie kein Thema. Michael Naumann spricht eine andere Sprache.

Beim **Kraftwerk Moorburg** knickt von Beust vor Vattenfall ein und ordnet damit den Umweltschutz den Konzernwünschen unter. 12.000 Hamburgerinnen und Hamburgern haben allein die Volkspetition gegen das Kraftwerk Moorburg unterschrieben. Aber bevor das Thema Moorburg dementsprechend in der Bürgerschaft debattiert wurde, schafften Senat und Vattenfall Fakten. Zementiert durch die Beust-Genehmigung wird zudem die Monopolstellung des Unternehmens für die nächsten Jahrzehnte.

Der Senat fährt eine **PR-Kampagne statt guter Schulpolitik** und versucht damit von schlechter Bilanz in der Schulpolitik abzulenken. Nach wie vor machen 12 Prozent der Schüler eines Jahrgangs keinen Abschluss und haben damit überhaupt keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die soziale Schiefelage ist erschreckend. In vielen Hamburger Stadtteilen wie z.B. Billstedt, St. Pauli und Veddel bekommen über 30 Prozent der Schüler keinen Hauptschulabschluss. Die soziale Spaltung in der Hamburger Schul wird noch dadurch verstärkt, dass der CDU-Senat die Vorschulgebühren und das Büchergeld eingeführt hat. Dadurch wird Bildung wieder eine Frage des Geldbeutels. Den bereits bestehenden Ganztagschulen - viele davon in sozialen Brennpunkten - werden 60% ihrer Mittel für den Ganztagsbetrieb gestrichen. Noch nie waren Grundschulklassen so groß, wie unter dem CDU-Senat. Seit 2001 wurden 500 Lehrerstellen gestrichen.

Von Beust hat **Hamburgs Krankenhäuser** gegen den ausdrücklichen Mehrheitswillen der Bürgerinnen und Bürger verkauft. Die Kliniken und ihre Patienten wären heute frei von den Gewinnerwartungen eines Privatunternehmens, und Hamburg wären die hohen Kosten der Rückführung der Asklepios-Angestellten erspart geblieben.

Und so kann es immer weitergehen....

„Soziale Ungerechtigkeit, schlimme Zustände an Schulen und Hochschulen, zunehmende Jugendgewalt, unsinnige Privatisierungen, missachtete Volksentscheide, Versagen in der Umwelt- und Klimapolitik - dieser Senat kann es wirklich nicht“, sagte Naumann.



Neidhart Genz und Helga Kniffka am Infostand U-Bahn Hamburger Strasse

Der Wahlkampf in unserem Wahlkreis ist in vollem Gange! An dieser Stelle sei aber auch eine kritische Bemerkung erlaubt: In unserem Fünfer-Wahlkreis, wo wir beste Chancen haben, 2 KandidatInnen in die Bürgerschaft zu entsenden, spart sich der südliche Teil den Wahlkampf. Ich würde mir mehr Unterstützung wünschen.

Dagegen arbeitet unsere Wahlkreiswahlkampfkommission mit allen KandidatInnen auf Hochtouren – aber helfende Hände können wir für die heiße Wahlkampfphase gebrauchen. In diesem Barmbecker Kurs findet Ihr die Termine für unsere Distrikts-Info-Stände, aber auch weitere Unterstützung (Hausverteilungen, Plakatieren etc.) und gute Ideen sind immer willkommen!

Laßt uns gemeinsam kämpfen! Am 24. Februar 2008 ist die Bürgerschaftswahl – Hamburgs nächster Bürgermeister heißt Michael Naumann!



Ksenija Bekeris

Ein Schwimmbad in der Alster – kann Hohenfelde das verkraften?

Diese Frage bewegte die Hohenfelderinnen und Hohenfelder in den vergangenen Monaten immer wieder, nachdem der erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg das Vorhaben eines neuen Schwimmbades auf der Alster aus Schützen direkt vor der Schönen Aussicht euphorisch angekündigt hatte.

Auf Initiative der SPD-Fraktion führte die Bezirksversammlung Hamburg-Nord nun in Hohenfelde eine öffentliche Anhörung hierzu durch.

Die war dringend erforderlich, da der Bürgermeister seine Pläne ohne jegliche Beteiligung der Hohenfelderinnen und Hohenfelder und ohne die Mitwirkung des Bezirksamtes Hamburg-Nord und der Bezirksversammlung vorangetrieben und verkündet hatte.

Nun konnten die Bürgerinnen und Bürger ihre Fragen und Bedenken zum Ausdruck bringen. Ca. 200 Personen waren in die Aula der Hochschule für angewandte Wissenschaften in der Armgardstraße gekommen.

Vertreter der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) und von Bäderland bemühten sich, die Pläne zu erläutern und die Fragen zu beantworten.

Auch der Bürgermeister war eingeladen worden. Er zog es aber vor, fern zu bleiben. Als es im Sommer diesen Jahres darum ging, die Pläne für das neue Schwimmbad medienwirksam zu verkünden, hatte er extra seinen Urlaub auf Sylt unterbrochen und war von dort her angereist.

Wie zu erwarten war, bezogen sich die Fragen der Hohenfelderinnen und Hohenfelder vor allem auf folgende Bedenken:

Die Größe des Schwimmbades

Eine Freibadanlage mit einem Fassungsvermögen von 500 Personen kann Hohenfelde nicht verkraften angesichts der entstehenden Belastungen durch die hier hin strömenden Menschen, den Lärm, Schmutz und das Verkehrsaufkommen

Die zu erwartende Verkehrsbelastung

Dass die Besucherinnen und Besucher nur mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, per Fahrrad oder zu Fuß kommen werden, wie die Vertreter der BSU und Bäderland weis zu machen versuchten, überzeugte niemanden. Vollkommen unbeantwortet blieb, wie der motorisierte Individualverkehr abgewickelt werden soll.

Die Beeinträchtigung des Stadtbildes

Die Besorgnis, dass an der schönen Aussicht der Panoramablick auf die Alster und die Hamburg-Silhouette beeinträchtigt wird, konnte nicht widerlegt werden.

Die mangelnde Wirtschaftlichkeit

Die Investitionskosten in Höhe von 2,5 Millionen EURO will der Senat bezahlen. Die Zweifel, wie das Schwimmbad während der Monate Mai bis September von der Bäderland dann wirtschaftlich betrieben werden kann, konnten nicht ausgeräumt werden.

Die Politik von oben herab, die Hohenfelde brüskiert

In der Planungswerkstatt Hohenfelde hatten Hohenfelder Bürgerinnen und Bürger und der Bürgerverein noch vor einem Jahr Ideen zur Attraktivitätssteigerung der Fläche an der Schönen Aussicht entwickelt. Nichts davon wurde aufgegriffen.

Wohltuend war die sachliche Atmosphäre, in der die ca. zweistündige Diskussion ablief.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Von der anfänglichen Begeisterung über dieses Vorhaben, das der erste Bürgermeister und die Hamburger Medien verbreitet hatten, ist an diesem Abend nicht viel übrig geblieben. Zu schwerwiegend waren die geäußerten Bedenken und zu wenig überzeugend die Stellungnahmen der BSU- und Bäderland-Vertreter, um diese zu entkräften.

In der SPD-Bezirksfraktion werden wir in den nächsten Tagen die Ergebnisse dieser Anhörung auswerten und über unser weiteres Vorgehen beraten.



Neithard Genz

Türkischstämmige Stimmen in der BV

Als zukünftige türkischstämmige Stimmen in den Bezirksversammlungen unserer Stadt Hamburg möchten wir, die sozialdemokratischen Zuwanderer, in der nächsten Legislaturperiode gute Arbeit vor Ort, in unseren Stadtteilen leisten. Aus diesem Grund haben wir uns als türkischstämmige Kandidaten für die Bezirksversammlungen zusammengeschlossen. Wir sind: BAYRAM INAN (Mitte), JASMIN-SIMONE GÜNDÜZ und MEHMET KOKTAS (Bergedorf), MUAMMER KAZANCI (Harburg), ÖGHAN KARAKAS und BEHCET ALGAN (Altona) und ich, FUNDA GÜR (Wahlkreis Barmbek, Uhlenhorst/Hohenfelde und Dulsberg). Unser Motto lautet „GEMEINSAM SIND WIR STARK“. Wir möchten eine Brücke zwischen den Zuwanderern und der Kommunalpolitik in unseren Stadtteilen bilden. Es ist uns ein besonderes Anliegen, dass die türkischstämmigen Hamburger mehr über die Kommunalpolitik in unserer Stadt erfahren und das Instrument der Bezirksversammlung näher kennen lernen. Oft ist ihnen diese kommunalpolitische Instanz gar nicht bekannt. In den türkischen Print Medien ist oft nur die Bürgerschaft mit ihren Mandatsträgern bzw. Kandidaten präsent.

Das wollen wir ändern und planen daher eine Pressekonferenz im Januar 2008, zu der wir die Vertreter der türkischen Medien in Hamburg einladen möchten. Ebenso ist eine Homepage im Internet mit der Adresse: www.integration.spd-hamburg.de in Arbeit und soll parallel zur Pressekonferenz starten. Dies ist eine gute Möglichkeit im Wahlkampf an die türkischstämmige Bevölkerung heranzutreten und zu zeigen, dass im Rahmen der Aufstellungen für die Bezirksversammlungen eine Menge Zuwanderer aus der Türkei berücksichtigt worden sind und dies auch auf aussichtsreichen Plätzen. Die türkischstämmigen Hamburger sind die größte Migrantengruppe mit ca. 60 000 Menschen. Diese Zahl spiegelt allerdings nur diejenigen wieder, die noch einen türkischen Pass haben. Ebenso gehört diese Zuwanderergruppe zu derjenigen, mit den höchsten Einbürgerungsquoten.

Wir haben es leider als Partei versäumt, eine Kandidatin oder einen Kandidaten mit Migrationshintergrund aus einer der großen Zuwanderergruppen für die nächste Legislaturperiode auf einen sicheren Platz für die Hamburgische Bürgerschaft aufzustellen. Zwar sind Kandidaten wie Aydan Özoguz (Rahlstedt, Meiendorf und Oldenfelde), Bülent Ciftlik (Altona) und Metin Hakverdi (Wilhelmsburg/Mitte) für die Bürgerschaft aufgestellt worden, allerdings sind ihre Platzierungen nicht so, dass man von einem Mandat für die nächste Legislaturperiode ausgehen kann. Dieser Umstand ist auch den türkischstämmigen Hamburgern nicht entgangen, da sie dieses Thema auf unterschiedlichen Veranstaltungen immer wieder zur Sprache bringen.

Die CDU und die GAL haben das ganz anders gemacht. Die CDU trumpft mit der Kandidatin Aygül

Özkan. Die Unternehmerin und Juristin ist auf der Landesliste der Hamburger CDU für die Bürgerschaftswahl auf Platz 15.

Özkan ist Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Migranten (ATU) und unter anderem auch Mitglied der Wirtschaftsdeputation und des Integrationsbeirates der Hansestadt sowie der Deutsch-Türkischen Juristenvereinigung. Sie hat sehr gute Kontakte zur Türkischen Gemeinde in Hamburg und kennt viele aus diesem Zuwandererkreis. Die GAL hat erneut ihre derzeitige migrationspolitische Fachsprecherin Nebahat Güclü aufgestellt. Seit Januar 2000 ist sie Geschäftsführerin der Interkulturellen Begegnungsstätte e.V., eine Beratungs- und Bildungseinrichtung für Frauen mit Migrationshintergrund in St. Pauli. Seit vielen Jahren ist sie in der interkulturellen Projekt- und Frauenarbeit aktiv und engagiert sich ehrenamtlich in verschiedenen Gremien, Vereinen und Stiftungen in Sachen Integrationspolitik. Auch das Fortbestehen ihres Mandates für die nächste Legislaturperiode dürfte recht sicher sein.

Die türkischstämmigen Hamburger sind ein wichtiger Bestandteil unserer Stadt und ebenso eine wichtige Wählergruppe mit großem Potential. Bisher haben die türkischstämmigen Hamburger immer eher mit der SPD sympathisiert als mit anderen Parteien. Dies wird auch an Hand der Wahlanalysen der letzten Bundestagswahl verdeutlicht. Es liegt an uns, dass es so bleibt!



Funda Gür

AG 60plus

Ich muss Euch zunächst einmal mitteilen, dass ich als Kreisvorsitzender der AG 60plus ab den 1.12.2007 nicht mehr tätig sein kann. Ich werde in kurze 82 Jahre und dieses Alter hat auch bei mir seine Spuren hinterlassen. Das heißt, ich bin körperlich nicht mehr dazu fähig, diese Arbeit gut und gewissenhaft auszuführen. Ich habe sehr gerne diese Aufgabe erfüllt und als Kreisvorsitzender auch im Landesvorstand der AG 60 plus mitgearbeitet. Wir haben in der letzten Kreisvorstandssitzung den Genossen Eckhard Helms zum kommissarischen Vorsitzenden benannt. Er kommt aus Fuhlsbüttel. Ich kann ihn nur empfehlen, weil ihm die Arbeit in der AG 60plus eine Herzensangelegenheit ist. Ich sage allen noch einmal einen herzlichen Dank für die Unterstützung, die ich in den zurückliegenden Jahren erfahren habe.

Nun möchte ich noch etwas zu unserem Wahlkampf als AG 60plus sagen. Wir wollen bis zum Februar in allen Wahlkreisen eine Wahlveranstal-

tung durchführen und zum Ende des Wahlkampfes eine Großveranstaltung für ganz Hamburg organisieren. Für die Durchführung dieser Veranstaltungen wird der Landesvorstand zuständig sein. Es ist äußerst schwierig unsere älteren Mitglieder zu bewegen, an Wahlkampfveranstaltungen teilzunehmen. Sehr viele der „jungen Alten“ arbeiten in den Wahlkreis-Kommissionen mit und versuchen dort der Partei im Wahlkampf zu helfen. Für unseren Distrikt wäre eine Beteiligung älterer Genossen und Genossinnen an den Wahlkampftätigkeiten eine gute Sache, zumal es ja auch für unsere Generation ein Muss sein soll dafür zu sorgen, dass dieser Bürgermeister nicht wieder gewählt wird. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass unser Bürgermeister Michael Naumann sein wird.



Werner Kiebel

Ein ganz persönlicher Dank

Ich möchte mich an dieser Stelle bei Werner für seine stete, unermüdliche Art bedanken, die AG 60plus und ihre Mitglieder in die Distrikts- und Themenarbeit mit einzubeziehen.

Es ist eine Bereicherung, wenn der Distriktsvorstand – wie bei uns in Barmbek-Mitte – so breit besetzt ist und die Alterstruktur unserer Partei abbildet – die Reibereien eingeschlossen, die die generationenübergreifende Arbeit auch mit sich bringen kann. Uns hat sie gestärkt!

Lieber Werner, auch wenn Du den Vorsitz der AG 60plus jetzt abgegeben hast, freuen wir uns weiterhin über Deine guten Ideen und auch über Deine Unterstützung!

Ksenija Bekeris

Herausforderung Klimawandel – und wie Ole von Beust den Klimaschutz verrät

Der letzte Bericht des UN-Klimarats hat es noch einmal deutlich gemacht: der Mensch hat entscheidend in das Klima unseres Planeten eingegriffen. Selbst unter günstigen Bedingungen, d.h. großen Anstrengungen beim Klimaschutz, müssen wir bis zum Ende dieses Jahrhunderts mit einem Anstieg der mittleren globalen Temperatur um 2-3 Grad Celsius rechnen. Hauptursache hierfür ist der Ausstoß von Treibhausgasen, die den natürlichen Treibhauseffekt verstärken.

Der Treibhauseffekt an sich ist nicht bedrohlich für uns – ganz im Gegenteil: ohne ihn wäre es auf unserem Planeten bei einer mittleren Temperatur von -18 °C ziemlich ungemütlich. In der Atmosphäre enthaltene Spurengase wie z.B. Wasserdampf, Kohlendioxid (CO₂) und Methan sorgen dafür, dass sich ein Gleichgewicht einstellt, bei dem die mittlere Temperatur auf der Erde bei etwa 15°C liegt.

Nun hat der Mensch mit Beginn des Industriezeitalters zunehmend in dieses Gleichgewicht eingegriffen, indem er die Anteile der Treibhausgase in der Atmosphäre erhöht hat.

Den größten Temperatureffekt hat dabei CO₂. Es entsteht hauptsächlich bei der Verbrennung von fossilen Energierohstoffen und Veränderungen in der Landnutzung, z.B. der Vernichtung von Regenwäldern. Den zweitgrößten Anteil an der Klimaerwärmung haben Methanemissionen. Es stammt zu großen Teil aus der Landwirtschaft von Reisfeldern, Kühen und Schafen. Allein die derzeitigen Konzentration von Kohlendioxid und Methan in der Atmosphäre überschreiten alle Werte der letzten 650.000 Jahre.

Die Menschheit ist verantwortlich für den Ausstoß der gewaltigen Menge von fast 30 Milliarden Tonnen Kohlendioxid pro Jahr. In Deutschland verursacht jeder von uns etwa 30 kg an CO₂-Emissionen pro Tag durch Industrieprozesse, beim Autofahren, durchs Heizen und bei der Stromerzeugung. Im Prinzip sind das 30 kg an unsichtbarem, klimaschädlichen Müll in Gasform. Dagegen sind die 1,6 kg Haus- und Industiemüll pro Kopf und Tag geradezu bescheiden.

Die Auswirkungen unseres Handelns bekommen wir schon heute zu spüren. So gehören elf der letzten zwölf Jahre zu den zwölf heißesten Jahren seit 1850. Der Eispanzer des Nordpols schmilzt seit 1978 mit fast 3% pro Dekade und in den Sommermonaten mit über 7% pro Jahrzehnt. Weltweit ist ein Rückgang der Gletscher zu beobachten. Auch ein Anstieg des Meeresspiegels ist bereits messbar.

Es ist also höchste Zeit das wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um wenigstens die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu verhindern.

Und was macht Ole?

Er hat das Thema Klimaschutz auch für sich entdeckt, ist nun sogar oberster Klimaschützer seiner Partei. Für Hamburg wurde plötzlich nach Jahren der Untätigkeit des CDU-Senats ein Klimaschutzprogramm entwickelt. Mit insgesamt 170 Maßnahmen will der Bürgermeister bis 2012 zwei Millionen Tonnen Kohlendioxid einsparen lassen. Die Wirksamkeit vieler Maßnahmen dieses Programms wird von Experten jedoch bereits angezweifelt. Zudem werden meist freiwillige Verpflichtungen von Industrie und Handel angestrebt. Wie ernst es ihm mit seinem Engagement wirklich ist, hat er mit der Entscheidung das Steinkohlekraftwerk in Moorburg letztendlich doch zu bauen, bewiesen.

Dieses Kraftwerk wird 8,5 Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen, doppelt so viel, wie durch den Straßenverkehr in der Hansestadt entsteht. Dabei wird fast die Hälfte der erzeugten Energie einfach als Abwärme in die Elbe gepumpt, eine Nutzung als Fernwärme ist nur teilweise vorgesehen. Auch die von

von Vattenfall versprochene klimafreundliche Technik zur CO₂-Abscheidung wird, wenn überhaupt, frühestens in 10-15 Jahren einsetzbar sein. Diese Technik ist jedoch sehr energieintensiv und wird die Wirtschaftlichkeit des Kraftwerks in Frage stellen. Außerdem stellt sie nur eine Verlagerung des Problems dar und keine Lösung.

Mit der Entscheidung das Kraftwerk Moorburg zu bauen befindet Ole von Beust sich nicht nur klimapolitisch in der Sackgasse, auch hat er den Kotau vor dem Energieriesen Vattenfall vollführt und leitet Hamburg auf Jahrzehnte in eine Abhängigkeit von diesem Konzern.

Zudem sind weitere Kohlekraftwerke in Norddeutschland geplant, die gigantische Überkapazitäten auf dem Strommarkt erzeugen werden - von überregionaler Koordination keine Spur.

Dabei bietet sich gerade jetzt die Chance einen entschiedenen Kurswechsel hin zu einer zukunftsfähigen Energiepolitik zu vollziehen. Ein erster Beitrag dazu wäre ein flexibles, sehr effizientes und auch weitaus wirtschaftlicheres **Gaskraftwerk** angemessener Größe zu bauen.

Daneben muss die Versorgung aus erneuerbare Energiequellen massiv gefördert und ausgebaut werden. Auch die **Dezentralisierung** mit kleinen Einheiten von Blockheizkraftwerken verspricht einen hohen Effizienzgewinn, ebenso eine wirksame Gebäudesanierung.

Die Atomkraft ist hingegen keine Lösung. Die Risiken im Betrieb der Kraftwerke und bei der Endlagerung des Brennstoffs sind nicht zu verantworten. Sollte die Kernkraft einen nennenswerten Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen bis 2075 leisten, so müssten AKWs weltweit ein Drittel des benötigten Stroms produzieren. Dazu müssten aber bis 2075 zwischen 2000 und 2500 AKWs gebaut werden. Das hieße, dass ab jetzt drei neue Atomkraftwerke in jedem Monat ans Netz gehen müssten – eine utopische Zahl. Auch würde man über kurz oder lang in Engpässe bei der Rohstoffversorgung kommen, ganz zu schweigen von den enorm gestiegenen Sicherheitsrisiken.

Auf lange Sicht wird die Menschheit ihren Energiehunger nur über die Nutzung der Sonnenenergie decken können. Die Sonne liefert etwa 10.000 mal mehr Energie, als wir weltweit verbrauchen. Schon ein kleiner Teil der Wüstengebiete Afrikas würde bspw. genügen, um mit den Energiebedarf von Afrika und Europa zu decken. Investitionen auf diesem Sektor müssen jetzt vorangetrieben werden, damit uns die benötigte Technik bald zur Verfügung steht. Ein weiterer Baustein sind die **Effizienzsteigerung und erneuerbare Energien**. Der Einsatz von fossilen Energieträgern wird sich vorerst nicht ganz vermeiden lassen. Riesige Kohlekraftwerke sind aber eindeutig der falsche Weg. In der angeordneten Dimension von Moorburg sind sie nicht nur Klimakiller, sondern stellen zudem ein massives Investitionshindernis für zukunftsweisende Technologien dar.

Die Herausforderungen für die Zukunft sind groß und die zu ergreifenden Maßnahmen zum Teil auch unbequem. Die Industrienationen stehen zudem in Verantwortung den armen Nationen ge-

genüber. Die Entwicklungsländer sind diejenigen, die mit am meisten unter den Folgen des Klimawandels zu leiden haben werden.

Diesen Herausforderungen kann man nicht durch bloße Ankündigungen entfliehen. Wer daraus eine Showveranstaltung macht, spielt mit der Zukunft unseres Planeten.



Axel Andersson

Das Neue Polizeirevier an der Oberaltenallee mit dem neuen Europa Firmensitz von Züblin.

Das neue Baugebiet der Stadt Hamburg in Barmbek-Uhlenhorst heißt offiziell Bebauungsplan-Entwurf Uhlenhorst 12. Das Plangebiet umfasst als östliche Grenze den Eilbek-Kanal, an der südlichen Grenze ist die Finkenau als Strasse die Grenze und nach Norden ist es das Ende des alten Parkplatzes und nach Westen die Oberaltenallee.

Das ganze Gebiet nennt sich ‚Wohnen an der Finkenau‘ und ist auch ziemlich identisch mit dem alten Krankenhausgelände der Finkenau Frauenklinik.

Die Revierwache, die dort gebaut werden soll, ist der Zusammenschluss der Revierwache 31 an der Oberaltenallee und der Revierwache 32 an der Weidestraße. Da sich beide Gebäude nicht für eine Zusammenlegung eignen, muss eine neue Revierwache gebaut werden.

Der Ausgang der Tiefgarage unter der Wache wird auf die Oberaltenallee hinaus geführt.

Dabei soll wahrscheinlich eine Ampelanlage für Fußgänger und Radfahrer die Gefahr eines Unfalles vermeiden.

Das Gebäude der „Baufirma“ Züblin AG wird ein 16-stöckiges Hochhaus mit einer wie ich finde interessanten Fassade. Der untere angeschrägte Teil des Hochhauses soll komplett aus Glas bestehen. Allerdings ist dieses Bild nur eine Studie und nicht endgültig.

Auf der Grundlage eines Städtebaulichen Wettbewerbs soll zwischen der Oberaltenallee und dem Eilbekkanal ein neues Wohnquartier entstehen, das ca. 500 Wohneinheiten betragen soll.

Hier soll anspruchsvolles Wohnen für Familien mit Kindern in Eigenheimen (Stadthäuser) und Geschosswohnungen mit max. 5 Geschossen ermöglicht werden. Zwei „West-Ost“-Achsen werden als verkehrsberuhigte Einbahnstrassen geführt.

Außerdem wird auf dem Gelände noch die Erweiterung des Medienkampus verwirklicht (ehemalige Frauenklinik Finkenau).



Ein kleiner verbleibender Bereich an der Finkenau soll für eine neue Nutzung durch einen Pflegeheimträger reserviert und entsprechend dem heutigen Standard bebaut werden. Siehe dazu den Funktionsplan.



Ralf Teuchert

G U B : Was passiert mit dem ehemaligen Schulgelände?

Mit der Schließung des Gymnasiums Uhlenhorst-Barmbek hat der CDU-Senat ein tiefes Loch in der Infrastruktur unseres Stadtteils hinterlassen. Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, Bürgerinnen und Bürger hatten mit Unterstützung der SPD und GAL der Bezirksversammlung Hamburg-Nord für den Erhalt des Gymnasiums gekämpft. Der Senat hat sich schließlich aber über ihre Interessen und Argumente hinweggesetzt. Nachdem nun das Gymnasium im Sommer 2007 geschlossen und das gesamte Gelände von der Schulbehörde (Behörde für Bildung und Sport) an die Finanzbehörde / Liegenschaftsverwaltung mit der Zielsetzung übertragen wurde, es an einen Investor zu verkaufen, haben wir jetzt dort eine verlassene Schule und einen abmontierten Bolzplatz. Im Stadtteil wird immer häufiger die Frage gestellt: Was wird mit dem ehemaligen Schulgelände passieren? In der Bezirksversammlung Hamburg-Nord haben wir uns inzwischen dieser Frage angenommen und eine Reihe von Eckpunkten beschlossen. Hier die wichtigsten:

- Die zügige Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens

- Der Bau von familien- und altersgerechten Wohnungen
- Gebäudehöhen, die sich an die benachbarte Bebauung anpassen
- Aufnahme der Fläche in die Wohnungsbauffensive II des Senats, welche den Verkauf derselben zu einem günstigeren Preis ermöglicht

Für unseren Distrikt ist es darüber hinaus aber auch wichtig, mit den Anwohnerinnen und Anwohnern das Gespräch zu führen und ihre Ideen zu erfahren. Von ihnen haben wir in einer Diskussionsveranstaltung im Haus Dehnhaid folgendes Forderungen entgegengenommen:

- Angemessene Nahversorgungseinrichtungen: Die Einkaufseinrichtungen im Einzugsbereich müssen verbessert werden. Die Entfernungen zum Bahnhof Barmbek/Fuhlsbüttler Straße werden als zu weit empfunden.
- Öffentliche Aufenthaltsflächen: Aufenthaltsflächen im unmittelbaren Umfeld der Wohnungen müssen angemessen mit vorgesehen werden

Begrenzung des motorisierten Verkehrs:

- Das zusätzliche Verkehrsaufkommen durch den Zuzug neuer Bewohnerinnen / Bewohner muss so organisiert werden, dass die Mehrbelastungen im Wohngebiet möglichst gering bleiben

In der Bezirksversammlung werden wir in den weiteren Diskussionen über das Bebauungsplanverfahren diese Forderungen der Anwohnerinnen und Anwohner mit einbringen.

Unser Ziel ist es, die zukünftige Gestaltung des ehemaligen Schulgeländes weitgehend akzeptiert und attraktiv zu verwirklichen. In diesem Sinne wollen wir den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern des Quartiers fortsetzen.



Neithard Genz

Von Münze zum Scholzomaten

Er hat als Zentrist die DL mitgegründet, war der Organisator der in den Medien als „genial“ bezeichneten KAMPA 1998, Parteivorsitzender, Arbeitsminister und Vizekanzler. Nun hat Münzefering seinen Abschied genommen, aufgrund einer schweren Erkrankung seiner Frau Ankepetra hat er Prioritäten gesetzt und den Kabinetttisch aufgegeben.

Zum einen verdient dies Respekt, wenn es einem gelingt, vom Zentrum der Macht weg Prioritäten zu setzen und sich der Familie, der Ehefrau mit ganzer Kraft zu widmen.

Trotz des Respekts, den ich dafür empfinde, müssen kritische Fragen gestattet sein: Lafontaines Abgang wurde 1999 zu Recht gescholten, allein schon die Art und Weise, nämlich ohne ausreichende Er-

klärung Parteivorsitz und Ministeramt aufzugeben, ist eines Sozialdemokraten unwürdig.

Müntefering wollte 2005 der Partei seinen Adlatus Kajo Wasserhövel als neuen Generalsekretär verordnen. Eine Gegenkandidatur war lange bekannt, die Kommunikation zwischen den Akteuren war schlecht, Wasserhövel unterlag und Müntefering trat zurück.

Eine Schuldige war ausgemacht, der Hamburger Parteirechte Kahrs durfte sogar vom „Dolchstoß“ schwadronieren.

Später dann konnte die CDU auf Druck des selbsternannten „Arbeiterführers“ Rüttgers auf ihrem Parteitag die Verlängerung der Zahlung des ALG I beschließen, wohl wissend, dass sich die SPD dem verschließen würde. Verkehrte Welt zwar, aber nach den Gesetzen der Agenda2010 war dies so. Nun, nachdem Beck erkannt hat, dass dies nicht so weitergehen kann, sich alle Landesverbände hinter seine Position stellten, da hat Müntefering auch dieses Kräfteressen verloren. Kurz danach sein Rückzug aus der Politik. Zuerst informierte er wieder – Kajo Wasserhövel, danach die Gremien und die Öffentlichkeit. Daher hat der Respekt für seine persönliche Entscheidung ein politisches „Geschmäcke“, welches wohl auch nicht mehr ausgeräumt werden wird. Aber mit Müntefering ist auch ein Repräsentant der Nachkriegs-SPD gegangen, von denen wir leider nicht mehr viele haben.

Als neuer Arbeitsminister ein Hamburger Gesicht – der als ehemaliger Landesvorsitzender und Generalsekretär stark umstrittene MdB für Altona, Olaf Scholz. Scholz, als Juso noch Stamokapler („Herforder Thesen“), hatte als Generalsekretär seine Aufgabe so verstanden, jede Debatte um die Agenda zu unterbinden, was sein eigener Landesverband am stärksten verspürte. Den großen Erfolg der Kita-Kampagne tauschte er für eine mickrige Pressekonferenz an der Seite von Beusts, aus dem Parteiprogramm wollte er sogar das Bekenntnis zur „sozialen Gerechtigkeit“, vom demokratischen Sozialismus ganz zu schweigen, streichen. Nun, zumindest ist er als Arbeitsrechtler ein Verbündeter beim Kampf für Mindestlöhne, den wir Barmbeker Anfang 2005 als erster Landesverband durchsetzten. Geben wir ihm also noch eine Chance ...



Kai Ermes

Im Internet:

www.spd-barmbek-mitte.de

Für **Spenden** an den Distrikt Barmbek-Mitte
Bankleitzahl: 200 505 50 (Haspa)
Konto-Nr.: 1240/125300

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 10. Februar !

Beiträge bitte an:

Ksenija Bekeris, Kätchnerort 1, 22083 Hamburg
oder: ksenijabekeris@yahoo.de

Wichtiger Hinweis: Nicht jeder Artikel gibt unbedingt die Meinung des Vorstandes bzw. der Redaktion wider. Kürzungen bzw. Nichtveröffentlichung behält sich die Redaktion vor. Leserbriefe sind ausdrücklich erwünscht! Beiträge ohne Namensnennungen werden grundsätzlich nicht veröffentlicht!

Impressum:

Layout: Axel Andersson, Kai Ermes

Redaktion: Ksenija Bekeris, Kai Ermes, Volker Heinecke

Auflage: 150 Stück (Post & email)

V.i.S.d.P.: SPD Barmbek-Mitte, Am Hasenberge 44, 22337 Hamburg

Termine im Januar und Februar

05. Januar, 11-13 Uhr

Infostand U Barmbek, Ausgang Wiesendamm

06. Januar, 11 Uhr

Michael Naumann und Andrea Nahles in Alma Hoppes Lustspielhaus, Ludolfstr. 53

08. Januar, 19 Uhr (Einlass: 18 Uhr)

Gerhard Schröder und Michael Naumann im CCH; wir wollen als Distrikt an dieser Veranstaltung teilnehmen. Bitte meldet Euch dafür bei Ksenija!

10. Januar, 19.30

Juso-Gruppe Barmbek-Dulsberg

11. Januar, 16-18 Uhr

Infostand U Dehnhaiide

15. Januar, 19.30

Distriktsvorstand Barmbek-Mitte im Kirchen-
keller (Wohldorfer Str. 30)

19. Januar, 11-13 Uhr

Infostand Aldi, Holsteinischer Kamp

24. Januar, 19.30

Jusogruppe Barmbek-Dulsberg

25. Januar, 16-18 Uhr

Infostand U Hamburger Straße

29. Januar, 20 Uhr

Andrea Nahles im Wahlkreis 09 (Ort wird noch bekannt gegeben)

30. Januar, 19 Uhr

Michael Naumann und Peter Struck im LaLi Kulturhaus, Tangstedter Landstraße 182

01. Februar, 16-18 Uhr

Infostand am Markt Wiesendamm

05. Februar, 19.30

Mitgliederversammlung Barmbek-Mitte im
Kirchenkeller; Thema: Das neue Wahlrecht

09. Februar, 11-13 Uhr

Infostand U Dehnhaiide

13. Februar, 19 Uhr

Michael Naumann und Wolfgang Tiefensee im
Kulturhof Dulsberg, Alter Teichweg 200

14. Februar, 19.30

Juso-Gruppe Barmbek-Dulsberg

15. Februar, 16-18 Uhr

Infostand auf dem Vogelweideplatz (Markt-
tag)

19. Februar, 19.30

Distriktsvorstand Barmbek-Mitte im Kirchen-
keller

22. Februar, 16-18 Uhr

Infostand U Dehnhaiide

24. Februar

Bürgerschafts- und Bezirksversammlungs-
wahl: Unterstützt die Kandidatinnen und Kan-
didaten aus unserem Distrikt !

Der Vorstand:

Ksenija Bekeris (69 45 41 87)
Vorsitzende

Kai Ermes (20 97 08 76)
Stellvertretender Vorsitzender

Ernst-Arno Eggerstedt (29 06 15)
Schatzmeister

Beisitzende

Neithard Genz (6 90 76 93)
Schriftführer

Werner Kiebel (2 99 78 83)
AG60plus

Nina Behlert (23 84 80 47)
Jugendpolitik

Söhnke Greite (32 03 16 62)
Wirtschaft & Soziales, Europapolitik

Helga Kniffka (2 70 03 45)
Kulturpolitik

Ralf Teuchert (29 07 99)
Umwelt- und Naturschutz

Axel Andersson (2 99 16 20)
Energiepolitik